

## Krankenkassen

### Aufsicht bekämpft Schummelberater

Die Aufsichtsbehörden von Bund und Ländern wollen schärfer gegen Manipulationsversuche der gesetzlichen Krankenkassen vorgehen. Dafür wollen sie die unerlaubte Beeinflussung von niedergelassenen Ärzten durch Codierberater oder eigens bereitgestellte Softwareprodukte der Kassen aufdecken. Hintergrund ist die umstrittene Praxis der Kassen, Ärzte zu bezahlen, um Patienten auf dem Papier möglichst krank aussehen lassen (SPIEGEL 50/2017). Die Kassen erhalten

so mehr Geld aus ihrem internen Finanzausgleich. Bei einem Treffen Ende Februar verständigten sich die Kontrolleure darauf, diese Praktiken „rechtssicher zu unterbinden“, wie es im Protokoll der Sitzung heißt. So soll die Haushaltsaufsicht künftig prüfen, wie viel Geld die Kassen für die Arztberatung ausgeben. Bei der tatsächlichen Beratungspraxis „sind die Aufsichtsbehörden auf Hinweise aus der Ärzteschaft angewiesen“, wie es in dem Protokoll heißt. Die Aufsicht bittet das zuständige Bundesgesundheitsministerium daher, gesetzliche „Klarstellungen“ zu überprüfen. cos

## Landwirtschaft

### Glyphosat fordert Schwarz-Rot heraus

Der Umgang mit Glyphosat wird für die Bundesregierung zur umweltpolitischen Bewährungsprobe. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, die Nutzung des Unkrautgifts baldmöglichst zu beenden. Das ist trotz der Fünf-Jahres-Verlängerung durch die EU möglich: Brüssel überlässt die Zulassung der Produkte den Mitgliedsländern, die sie auf Gesundheits- und Umweltgefahren überprüfen sollen. Spätestens im Dezember muss über die Neuzulassungen entschieden sein. Drei der vier prüfenden Institute gehören zum Landwirtschaftsministerium von CDU-Ministerin Julia Klöckner, das vierte zum SPD-geführten Umweltministerium unter Svenja Schulze. Das Thema hat Sprengkraft:

2017 hatte der damalige Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) in Brüssel der Verlängerung der Glyphosat-Zulassung zugestimmt, ohne die seinerzeit amtierende Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) zu informieren, und damit einen veritablen Koalitionskrach ausgelöst. Nun müssen die neuen Ressortchefinnen beweisen, wie ernst sie es mit dem geplanten Ausstieg meinen. msc



Demonstranten in Berlin

## Digitalisierung

### Mittelständler verschlafen Megatrend

Deutschlands 3,7 Millionen Mittelständler haben gewaltigen Nachholbedarf in Sachen Digitalisierung. Einer Studie der Förderbank KfW zufolge haben von 2014 bis 2016 lediglich 26 Prozent der kleinen

und mittelgroßen Firmen in neue oder bessere Digitaltechnologie investiert. 2016 etwa flossen nur 14 Milliarden Euro in Digitalisierungsvorhaben – in neue Maschinen oder Gebäude dagegen 169 Milliarden Euro. Wurde überhaupt investiert, dann vor allem in neue IT (54 Prozent) oder die Digitalisierung



Gasspeicher im niedersächsischen Rehden

## Energie

### Vorräte schrumpfen

Die Erdgasspeicher in Deutschland haben ein außergewöhnlich niedriges Niveau erreicht, die aktuellen Füllstände liegen nur noch knapp über 20 Prozent – und der Winter ist noch nicht vorbei. Vor einem Jahr waren die Lager in derselben Woche noch zu rund 27 Prozent befüllt, vor zwei Jahren sogar zu etwa 53 Prozent. Auffällig ist, wie schnell sich die Speicher in diesem Jahr geleert haben: In nur fünf Wochen fiel der Pegel von rund 50 auf etwa 20 Prozent. Das Befüllen der Gasspeicher dürfe sich nicht nach Marktpreisen richten, sondern müsse von der Versorgungssicherheit bestimmt werden, sagt Oliver Krischer, Energieexperte der Grünen im Bundestag. Krischer fordert den Aufbau einer nationalen Erdgasreserve. Dazu kann Erdgas aus deutscher Produktion allerdings immer weniger beitragen, die Förderung hat 2017 laut Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geothermie (BVEG) einen neuen

Tiefstand erreicht. Seit dem Jahr 2000 ist sie um rund zwei Drittel gesunken, die Abhängigkeit von Quellen aus dem Ausland somit erheblich gestiegen. So deckt allein Russland 40 Prozent des deutschen Gasbedarfs. Den Förderrückgang begründet der BVEG unter anderem mit dem faktischen Aussetzen des umstrittenen Fracking-Verfahrens. Zwar gilt der Kompromiss, dass die Methode in konventionellen Lagerstätten, also nicht in Schiefer- oder Kohleflözgasvorkommen, angewandt werden darf. Hier sind laut BVEG Projekte und entsprechende Anträge in Vorbereitung. Doch die Gesetzesänderung mache die Genehmigungsverfahren deutlich komplexer und langwieriger, sodass noch nicht feststehe, wann Fracking wieder zum Einsatz komme. „Der Rückgang der heimischen Erdgas- und Erdölproduktion lässt sich nur aufhalten, wenn wir neue Reserven in Deutschland erschließen können“, sagt der BVEG-Hauptgeschäftsführer Christoph Löwer. aju, gt

von Kundenkontakten (52 Prozent), viel weniger in Produkte und Dienstleistungen (19 Prozent). Die Studie, an der sich 11 043 Firmen beteiligt haben, bildet nach KfW-Angaben die Digitalisierungsaktivitäten des gesamten Mittelstands ab – also auch der Minifirmen mit weniger als fünf Mitarbeitern, die 81 Pro-

zent aller mittelständischen Betriebe stellen. Die Politik müsse den Breitbandnetzausbau beschleunigen und die digitale Bildung verbessern, fordert KfW-Chefvolkswirt Jörg Zeuner. Sie müsse klarmachen, welche Bedeutung die Digitalisierung für Wachstum, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit habe. baz